

Gemeinde Jemgum

Der Bürgermeister

An die Mitglieder
des Ausschusses für Bau, Verkehr und Feuerschutz

(nachrichtlich an alle Ratsmitglieder)

Jemgum, 28.02.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur 13. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Feuerschutz der Gemeinde Jemgum am

Dienstag, dem 10.03.2020, um 19:00 Uhr,

im **Vereinsheim des "SV Ems Jemgum" Am Sportzentrum** ein.

Tagesordnung:

- 1.** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 2.** Feststellung der Tagesordnung
- 3.** Genehmigung der Niederschrift vom 28.01.2020
- 4.** Bericht des Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters mit anschließender Aussprache
- 5.** Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu Gemeindeangelegenheiten
- 6.** Antrag Fraktion "Jemgum21": Standort und Zuwegung eines möglichen neuen Krippenbaus
Vorlage: AN/0705/2020/
- 7.** Anfragen, Anregungen und Hinweise
- 8.** Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu anderen Gemeindeangelegenheiten
- 9.** Ende der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

Heikens

TOP 6

Anträge

Vorlage Nr.: AN/0705/2020/

Betreff:	Antrag Fraktion "Jemgum21": Standort und Zuwegung eines möglichen neuen Krippenbaus	
Bearbeiter:	Hans-Peter Heikens	
Aktenzeichen:		24.02.2020

Beratungsfolge	Termin	
Ausschuss für Bau, Verkehr und Feuerschutz	10.03.2020	
Verwaltungsausschuss	16.03.2020	

Antragstext:

Die Ratsfraktion "Jemgum21" hat mit Schreiben vom 24.04.2020 einen Antrag bezüglich "Standort und Zuwegung eines möglichen neuen Krippenbaus / Verkehrsbelastung in der Straße Am Sportzentrum in Jemgum" bei der Verwaltung eingereicht und um die Aufnahme auf die Tagesordnung gebeten. Der Antrag befindet sich im Anhang.

Beschlussvorschlag:

Anlagenverzeichnis:

Antrag Jemgum21



Antrag an den Ausschuss Bau, Verkehr, Feuerschutz

(für die Sitzung am 10. März 2020)

TOP: Standort und Zuwegung eines möglichen neuen Krippenbaus /

Verkehrsbelastung in der Straße „Am Sportzentrum“ in Jemgum

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss nimmt die von Anwohnern der Straße „Am Sportzentrum“ vorgetragene Einwände gegen den möglichen Standort für einen Krippenbau am Sportplatz in Jemgum ernst. Alle weiteren Planungen und Entscheidungen müssen diese berechtigten Hinweise berücksichtigen.
2. Bei der Suche nach einem geeigneten Standort für einen möglichen Krippenbau muss die Zuwegung und Verkehrslage eine entscheidende Rolle spielen. Daher wird die Verwaltung aufgefordert, alle denkbaren Optionen für den Standort einer Kinderkrippe zu prüfen und den Gremien vorzulegen.
3. Der Ausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, ein Flächenkataster für den Ort Jemgum zu erstellen, um bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück systematisch und transparent vorgehen zu können.

Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses Kindergarten und Schule am 20.2.2020 trugen mehrere Anwohner ihre deutlichen Einwände gegen den Vorschlag vor, am Sportplatz in Jemgum ein Gebäude für vier Krippengruppen zu errichten. Sie verwiesen dabei auf den bereits bestehenden erheblichen Verkehr, der durch die Aktivitäten auf dem Sportplatz, im Sportlerheim und auf dem Hundeplatz entsteht. Eine zusätzliche Verkehrsbelastung durch Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte mit vier Krippengruppen plus Wiedereröffnung des Schützenhauses für Feste und Feiern sei inakzeptabel. Diese Einwände müssen ernst genommen werden.

Zu Pkt. 3: Bereits im Zuge der Diskussion über die Bauleitplanung in der Gemeinde hatte unsere Fraktion vorgeschlagen, ein Freiflächenkataster (bzw. Liegenschaftskataster) zu erstellen, das es in vielen Kommunen längst gibt. Eine solche Auflistung, zunächst nur für den Ortsteil Jemgum, würde eine systematische und transparente Suche nach Flächen für bestimmte Zwecke ermöglichen, im vorliegenden Fall: nach einer Fläche für einen möglichen Standort einer Kinderkrippe. Sowohl die Ratsmitglieder als auch die Verwaltung, aber auch die Bürgerinnen und Bürger hätten damit eine gesicherte Grundlage für immer wieder aufkommende Diskussionen über flächenbezogene Entscheidungen.